

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.80 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Reutlingen Zweigk. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Häßle & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzelle oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezelle 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstufungsteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 231

Nummer 81

Februar 1924

Wildbad, Freitag, den 4. April 1924

Februar 1924

Jahrgang 59.

Die Herabsetzung der tschecho-slowakischen Entschädigungsschuld

Wie aus Prag verlautet, soll die „Befreiungsschuld“ der Tschecho-Slowakei von etwa 30 Milliarden Kronen auf etwa 4 Milliarden Kronen herabgesetzt worden sein. Die Nachricht verdient auch in Deutschland ganz besondere Beachtung, weil infolge der eigenartigen Verknüpfungen der Schuldverhältnisse durch die Friedensverträge zwischen den am Krieg beteiligten Staaten Deutschland unter Umständen für jeden Schuldnachschuß an einen der Nachfolgestaaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie einzutreten hat. Die Haftung Deutschlands und seiner früheren Verbündeten als Gesamtschuldner geht aus den „Entschädigungen“ überschriebenen Kapiteln der Verträge von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly hervor. Der Gedanke der Gesamtschuld ist besonders deutlich in dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatus vom 5. Mai 1921 zum Ausdruck gebracht, in dessen Artikel 2 bestimmt wird, daß von dem festgesetzten Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark unter anderem auch alle die Summen abzuziehen sind, die von anderen feindlichen oder früher feindlichen Mächten als Entschädigungsleistung eingehen und über welche der Wiederherstellungsausschuß entscheiden kann, daß sie Deutschland gutgebracht werden sollen.

Die Entschädigungsverpflichtungen unserer ehemaligen Verbündeten haben inzwischen eine mehr oder weniger abschließende Regelung gefunden. Die Verpflichtungen Bulgariens aus dem Vertrag von Neuilly wurden von 2,25 Milliarden Goldfranken zunächst auf 550 Millionen ermäßigt, die Restschuld von 1,7 Milliarden Goldfranken aber bis 1933 gestundet. Die Verpflichtungen Oesterreichs wurden auf 20 Jahre gestundet, diejenige Ungarns neuerdings auf einen Gesamtbetrag von 179 Millionen Goldfranken festgesetzt. Die Verpflichtungen unserer früheren Verbündeten mehr oder weniger fest, so bleiben nur noch die künftigen deutschen Leistungen als willkürlich bewegliche Größen übrig, auf deren endgültige Festsetzung der jetzt gemeldete Schuldnachschuß für die Tschecho-Slowakei von nachteiligem Einfluß sein kann.

Bei dieser Ermäßigung der tschechischen Schuld könnte es sich zunächst um eine Herabsetzung der sogenannten „Befreiungsschuld“ der Tschecho-Slowakei handeln. Diese Zahlungen wurden bei den Friedensverhandlungen den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten (mit Ausnahme von Oesterreich und Ungarn) in einer Gesamthöhe von 1,5 Milliarden Goldfranken auferlegt. Aus dieser Summe sollten die Kosten der „Befreiung“ der betreffenden Staaten bestreiten werden. Ihre Umlegung auf die einzelnen Verpflichteten erfolgte entsprechend dem Verhältnis der Durchschnittseinnahme der abgetretenen Gebiete in den Jahren 1911 bis 1913. Auf die Tschecho-Slowakei entfielen 750 Millionen Goldfranken. Da diese Zahlungen nicht dem Entschädigungskonto von Deutschland oder seinen ehemaligen Verbündeten zugute kommen, würde eine Herabsetzung der Zahlungen uns nicht betreffen.

Nach den genannten Zahlen kann es sich aber bei der Herabsetzung allenfalls nur zu einem kleinen Teil um Befreiungsschuld handeln (750 Millionen Goldfranken = etwa 5 Milliarden tschechische Kronen). Im wesentlichen muß es sich um die Zahlungen, die die österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten (ohne Oesterreich und Ungarn) für das von ihnen übernommene ehemals österreichisch-ungarische Staatseigentum an den Wiederherstellungsausschuß leisten müssen, handeln. Die hierfür aufkommenden Summen gehen auf das Kriegsentwädigungskonto von Oesterreich und Ungarn und werden damit auch auf die Gesamtschuld von 132 Milliarden gutgeschrieben. Eine Herabsetzung dieser Summe beeinflusst also ohne weiteres das österreichische wie das ungarische Konto, die allerdings in der Stundung oder Kürzung ihrer Verpflichtungen eine vielleicht gleichwertige Entlastung erfahren haben. Vor allem aber wird dadurch das deutsche Konto zu unseren Ungunsten — in diesem Fall angeblich um 25 Milliarden Kronen oder etwa 5 Milliarden Goldmark — belastet, wenn nämlich der Londoner Zahlungsplan, der im Augenblick noch zu Recht besteht, tatsächlich weiter in Geltung bleiben sollte. Dieser Fall zeigt somit aufs Klarste, wie dringend notwendig eine Abänderung des Londoner Zahlungsplanes und eine neue endgültige Festsetzung der deutschen Schuld ist. Es bedeutet einen unmöglichen Zustand, daß Deutschland außer den Entschädigungszahlungen, die es an sich schon leisten muß, auch noch für die Geschehnisse aufkommen sollte, die die Verbündeten an ihre Vassallenstaaten auszutreten belieben.

Die bulgarische Regierung soll eine republikanische Verewörung von Anhängern des früheren Ministers Standbanski entdeckt haben. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Tagespiegel

Die Reichsausgaben im Monat März überstiegen die Einnahmen an Zöllen und Steuern um etwa 4% Prozent, ähnlich wie im Februar.

Der Vorschlag der Reichsregierung, die Militärüberwachung dem Völkerbund zu übertragen, wird nach den Pariser Blättern vom Völkerverrat abgelehnt werden.

Reichsbankpräsident Schacht hat dem Reichskabinett über die neuesten Verhandlungen in Paris über die Goldkreditbank Bericht erstattet. Die Aussichten sind wenig ermutigend.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung der bayerischen Regierung wird Herr von Kahr nach seiner Rückkehr aus Mexiko wieder den Posten des Oberpräsidenten von Oberbayern und Oberst Seifert die Leitung der Landespolizei wieder übernehmen.

Die russisch-rumänischen Verhandlungen über Beharabien sind als aussichtslos abgebrochen worden, da Rumänien die von Rußland verlangte Volksabstimmung ablehnte.

Protestversammlung gegen die Aufteilung der Oberämter

Stuttgart, 3. April. Im Bürgermuseum fand gestern vormittag eine große Protestversammlung der sieben aufgehobenen Oberämter Blaubeuren, Brackenheim, Reeresheim, Spaichingen, Sulz, Weinsberg und Welzheim statt, zu der aus den genannten Bezirken Hunderte von Männern mit den Fröhlichen herbeigeeilt waren, die in geschlossenem Zuge unter Mitführung von Plakaten: „Wir lassen uns nicht vergewaltigen, alle Gewalt geht vom Volk aus“, vom Bahnhof zum Bürgermuseum gezogen waren. Stadtschultheiß Dr. Winkler-Spaichingen begrüßte die Versammlung, die den Saal des Bürgermuseums bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, und stellte fest, daß die Minister, sowie Staatsrat Hegelmaier u. a. schriftlich und mündlich zu der Versammlung eingeladen wurden. (Lebhafte Zurufe: Wo sind sie?)

Hierauf erlasste Stadtschultheiß Dorn-Blaubeuren einen längeren Bericht über die Aufhebung der Oberämter, wobei er betonte, daß diese sich in der Notwehr befänden. Man habe wieder einmal am falschen Platz gespart. Der ganze Mittelstand in den betreffenden Städten werde von der Regierung zugrunde gerichtet. Wir verwahren uns dagegen, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Gegen eine vernünftige Neuordnung der Bezirke habe man sich nie getraut. Die Aufhebung wirft sich in einer Lastenverteilung, nicht aber in einer Ersparnis aus. Der Abbau möge da beginnen, wo mit der Revolution der Aufbau angefangen habe. Für die Zukunft der sieben Oberämter seien nicht wirtschaftliche, sondern nur parteipolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Warum sei denn südlich der Donau kein Stein voran andern gekommen? Regierung und Landtag mögen sich hüten, die Bevölkerung zu zwingen, ihr Recht bei der nächsten Landtagswahl zu erkämpfen.

Stadtschultheiß Kall-Welzheim teilte mit, daß er inzwischen die Regierung telephonisch gebeten habe, an der Versammlung teilzunehmen. Der Staatspräsident und Minister Volk hätten geantwortet, die Regierung fühle sich nur dem Landtag gegenüber verantwortlich, aber nicht dieser Versammlung. Man könne ihr nicht zumuten, in dieser Versammlung zu erscheinen, auch lehne sie es ab, weiterhin Abordnungen zu empfangen. (Große Unruhe, erregte Zurufe, allgemeine Mißstimmung.)

Hierauf kamen die Abgeordneten verschiedener Parteien zum Wort. Der Abg. Bazille (Bürgerp.), von der Versammlung mit stürmischen Beifallsrufen begrüßt, erklärte, daß seine Partei nicht des Wahlerfolges wegen, sondern bereits 1921 sich gegen die Aufteilung von Oberamtsbezirken ausgesprochen habe, weil es sich bei diesen im Gegensatz zu den Kreisregierungen um lebendige Organismen handle, die nicht zerstört werden dürfen. Der Abbau müsse anderswo beginnen. Drei Ministerien genügte für Württemberg. Nach den vielen feilschen Erregungen könne die Bevölkerung mit Recht verlangen, daß man sie nicht durch solche Probleme erschüttere. Die Oberamtsaufteilung sei Sitte alter Kultur und gemütvollen schwäbischen Lebens. Ein Eingriff in den Rechtszustand des Landes dürfe nicht von einer Minderheitsregierung gemacht werden, sondern nur durch den Willen des Volks selbst erfolgen. Es sei bedauerlich, daß die Regierung nicht den Mut gefunden habe, vor eine solch große Zahl waderer Bürger hinzutreten. (Stürmischer Beifall.)

In ähnlichem Sinne sprach sich der Abg. Fischer (Bürgerp.) als Vertreter des Mittelstands aus. Abg. Bazu-

holt (Dem.) rüchte das Fernbleiben des Staatspräsidenten und des Ministers Schall zu entschuldigen, die in Fraktionsstimmungen seien. Redner nannte die Veranlassung eine Wahlversammlung und polemisierte gegen Bazille, ließ aber auf stürmische Entrüstungsruufe und mußte schließlich abtreten. Abg. Bickes (D.V.) sprach sich gegen die Aufteilung der Oberämter aus, durch die keine Ersparnisse erzielt würden und die sich in Anbetracht der wohen Erregung im Lande nicht verantworten lasse. Abg. Gengler (Ztr.), durch Zwischenrufe oft unterbrochen, legte Verwahrung dagegen ein, daß für die Entschädigungen der beiden Zentrumsmminister parteipolitische Gesichtspunkte entscheidend gewesen seien. Lediglich die Zweckmäßigkeit habe den Ausschlag gegeben. Kinkel (Soz.) betonte, seine Partei nehme Rücksicht auf das Gesamtwohl des Volks. Sie wolle ganze Arbeit und kein solches Stükwerk. Abg. Groh (Ztr.) führte aus, daß bei der Oberamtsaufteilung keine wesentlichen Ersparnisse erzielt würden. Diese müßten auf anderem Weg und in anderer Form erreicht werden.

Hierauf wurde einstimmig eine an den Württ. Landtag gerichtete Entschließung angenommen, die dem Bauern und der Entrüstung Ausdruck verleiht, daß durch eine an sich verständliche, in ihrer finanziellen Wirkung aber sehr zweifelhafte Sparmaßnahme der Regierung die durch Jahrhunderte geistigten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Bezirke durchschnitten und damit weite Kreise des ohnedies hart bedrängten Mittelstands in ihrer Existenz bedroht werden. Es wird festgesetzt, daß die Regierung die schwerwiegenden Gründe gegen diese Sparmaßnahmen nicht gebührend gewürdigt hat, weshalb der Landtag nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes als Hüter der Volksrechte und berufener Fürsorger für das Wohl aller Teile des Landes dringen gebeten wird, die Verordnung des Staatsministeriums aufzuheben. Die Versammlung ist überzeugt, daß im Wege des weiteren Ausbaus der Selbstverwaltung, der Vereinfachung der Gesetzgebung, der Abkürzung des Instanzenzugs und der Durchführung des Beamtenstands auf die Vorkriegszeit die auch von ihr als notwendig anerkannte Einschränkung der Staatsausgaben sicher erreicht ist.

An der Versammlung beteiligten sich u. a. aus dem Oberamt Blaubeuren und 400 Personen, um derenwillen an den Schnellzug in Ulm 6 Wagen angehängt werden mußten, ferner aus den Oberämtern Sulz, Spaichingen und Welzheim je etwa 150 Personen. Auch die drei anderen Oberämter waren stark vertreten.

Der amerikanische Kampf gegen den Alkohol

Washington, 3. April. Der Kampf gegen die Einschmuggelung von Alkohol zur See hat im Jahr 1923 36 Millionen Dollar Kosten verursacht. Für die ersten Monate des Jahres 1924 sind vom Kongreß 14 Millionen bewilligt worden. Der Kommandeur der Küstenwache teilt in seinem Bericht mit, die Schmuggler haben 34 Dampfer und 132 Segelschiffe mit dem Land vermitteln mehrere hundert schnelle Benzinmotorfahrzeuge. Die Polizeiflotte hat in den 22 Monaten, seit sie den Alkoholschmuggel verfolgt, 153 Schmuggelschiffe außer Betrieb gebracht, 31 000 Kisten mit geistigen Getränken beschlagnahmt und bewirkt, daß von Schmuggelschiffen vor der seepolizeilichen Festhaltung ungefähr 20 000 Kisten ins Meer geworfen wurden. Zwanzig Kilometer vor dem Hafen von New York liegt die sogenannte Schnapslinie, die aber nur zur Verführung der Seepolizei dient, um die Aufmerksamkeit der Zollschiffe auf sich zu lenken, während die eigentlichen Schmuggelschiffe an ganz anderen Stellen ihrem Gewerbe nachgehen. Die Schmugglergesellschaften haben eine Reihe von Vorpostenstationen, so auf den Azoren, den Bahama- und Bermuda-Inseln usw. Von Habana allein werden wöchentlich 10 000 Kisten mit Alkohol, in Juckerdungen verpackt, nach Baltimore und New York eingeschmuggelt, an der Küste des Stillen Weltmeers monatlich etwa 100 000 Kisten. Die Verwegenheit und Geschicklichkeit der Schmuggler wächst nach dem Bericht immer mehr.

Poincaré rechtfertigt die Kabinettsbildung

Paris, 3. April. In der gestrigen Kammer Sitzung gab Poincaré eine Erklärung über die Art der Regierungsbildung ab. Den Kriegsminister Maginot und den Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer habe er beibehalten, um das Werk im Ruhrgebiet fortzuführen. Es werde an der Politik nichts geändert, weder nach innen noch nach außen. Es sei eine Regierung der republikanischen Einigung und der nationalen Eintracht gebildet worden. Den Umtrieben von der linken Seite, die militärfeindlichen Geist in das französische Befehlshaber hineintragen wollen, werde scharf entgegengetreten. (Großer Lärm. Die Sitzung wird einige Zeit

abgebrochen. Verschiedene Ordnungsstrafe). Poincaré fährt fort: Die Regierung sei bereit, das Benjonege noch einmal zu beraten. Dann verläßt er plötzlich die inneren Fragen und erklärt, Frankreich werde die Pfänder und Druckmittel gegen Deutschland bis zur letzten Zahlung fest in der Hand behalten und das Verhalten gegebenenfalls nur gegen ein noch besseres Verhalten austauschen. Das Ergebnis der Ausnützung der Pfänder habe alle Erwartungen weit übertraffen. Die im Steigen begriffenen Einnahmen haben vom 1. Januar bis 31. Dez. 1923 180 Millionen Franken betragen, im Februar 1924 allein dagegen 138 Millionen. Für 1923 betragen die Einnahmen 1 643 700 000 Franken, die Ausgaben einschließlich der Kosten für das französisch-belgische Besatzungsheer 986,5 Millionen, es verbleibe somit ein Ueberschuß von 657,2 Millionen Franken. General Degoutte habe soeben gemeldet, daß 2 104 000 Tonnen Kohlen und Koks als Entschädigung aus dem besetzten Gebiet abgeführt worden seien. Das sei mehr als die Vorschrift des Industrieabkommens und fast das Doppelte der Auflage der Entschädigungskommission. Das sei ein großer moralischer Erfolg, der bewiesen habe, daß Deutschland liefern könne, wenn es müsse. Die Berichte der Sachverständigen werden die Aufgabe der Entschädigungskommission erleichtern. Aber die Verbündeten müssen auch gemeinsam über die festgelegten Pläne wachen. Man dürfe sich für die Zukunft nicht mit neuen Papierchen und Besprechungen begnügen. Für das Wiedererwachen des nationalen Geistes in Deutschland lehne er (Poincaré) jede Verantwortung ab. Stresemann, der angeblich guten Willens sei, habe erst dieser Tage unter tosendem Beifall das Lob des freigesprochenen Ludendorff gesungen. Die deutschen Minister, die mit außerordentlicher Schamhaftigkeit (Zynismus) die Unschuld des Generals verkünden, beachten nicht, daß sie damit alle Länder beschimpfen, die an der Seite Frankreichs das von der deutschen Vorherrschaft bedrohte Recht verteidigten. (!) Sie seien sogar soweit gegangen, auszusprechen, daß sie die kaiserlichen Farben den Farben der Republik vorziehen. Aber die Verbündeten verstehen die Sprache der Tatsachen. Es sei klar, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle.

Neue Nachrichten

Der Streik der Eisenbahnarbeiter

Berlin, 3. April. Die Eisenbahnarbeiter der Direktionsbezirke Berlin, Königsberg und Hannover haben den Direktionen die Forderung der Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstags und Lohnerhöhung mit Antwortfrist bis 10. April zugestellt. In Frankfurt sind 1600 Arbeiter in den passiven Widerstand getreten. Im mittel- und westdeutschen Kohlengebiet sind für Sonntag zahlreiche Versammlungen einberufen, um über den Generalkreist Beschluss zu fassen. Die Führung scheint allenthalben in den Händen der Kommunisten zu liegen.

Die Eisenbahndirektion hat Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen über die Wiedereinführung des Achtstundentags abgelehnt.

Betriebsrätewahlen

Berlin, 3. April. In der Berliner Holzindustrie finden am Montag und Dienstag Ergänzungswahlen für die Betriebsräte statt. Die Sozialisten verloren 32 Sitze an die Kommunisten, 4 an die christlichen Gewerkschaften. Zum erstenmal wurden deutschösterreichische Betriebsräte gewählt.

Zentrum und Bayer. Volkspartei

München, 3. April. Die Bemühungen des Zentrums, bei den Reichstagswahlen mit der Bayerischen Volkspartei wieder zusammen zu gehen, sind gescheitert. Die Zentrumspartei hat laut L. U. beschlossen, in Bayern eigene Kandidaten aufzustellen.

Eine neue Klippe für Mac Donald

London, 3. April. Im Unterhaus brachte gestern der Gesundheitsminister Clyne einen Antrag ein, daß Arbeitslose vom Mietzins befreit seien und nicht aus der Wohnung entfernt werden dürfen, außer wenn der Vermieter in noch schlimmerer Lage sich befindet. Der konservative Abgeordnete Chamberlain bekämpfte die Vorlage; die Arbeiterregierung sollte doch lieber gleich beschließen, daß die Arbeitslosen auf

Staatskosten ernährt werden. Auch Asquith bekämpfte namens der Liberalen die Vorlage. Clynes erwiderte, die Regierung verzichte nicht auf die Gesetzesvorlage, sie könne sie aber dahin abändern, daß die Last nicht dem Hausbesitzer auferlegt werde, sondern daß der Staat die Mietkosten trage.

Die stehende Börse

Neuport, 3. April. Im Abgeordnetenhaus des Staats Neuport wurde eine Gesetzesvorlage eingebracht, die eine vollständige Umwandlung der Waren- und Wertpapierbörsen von Neuport vorsieht. Der Bericht erklärt, die Börse stehe dem Publikum jährlich drei Milliarden Dollar aus der Tasche. Das Treiben der Börsenagenten soll überwacht und strengen Vorschriften unterworfen werden.

Das Spielen der Militärkapelle

Berlin, 3. April. Der Reichswehrminister hat das Spielen der Militärkapellen bis zum 4. Mai 1924 einschließlich bei allen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen von Parteien und Bänden und anderen Organisationen verboten, um gerade jetzt in der Wahlzeit auch den Anschein irgendwelcher politischer Betätigung der Reichswehr zu vermeiden. Ausgenommen von dem Verbot sind Konzerte, sowie Mitwirkung der Militärkapellen bei Wohltätigkeitsveranstaltungen, soweit es sich bei diesen um rein musikalische Aufführungen handelt.

Antrag auf Straferlaß für Hitler u. a.

München, 3. April. Der Verband der vaterländischen Bezirksvereine von München hat der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Straferlaß für die im Hitler-Prozess verurteilten unterbreitet mit der Begründung, daß viele deutschen Männer aus reinem Herzen und glühender Vaterlandsliebe gehandelt hätten.

Dänische Unfreundlichkeit

Kopenhagen, 3. April. Das dänische Aufschiff „Folla“ hat am 1. April mehrere deutsche Fischdampfer aus Gesteinskünde und Cuxhaven wegen ungehörlichen Fischens im Seegebiet Portland (Island) angehalten. Die Kapitäne der aufgebrachtten Schiffe wurden zu je 10 000 Kronen Geldstrafe, Beschlagnahme der Fanggeräte und Erhebung der Unkosten verurteilt. — Die Strafen sind außergewöhnlich hoch.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 3. April.

Der Landtag nahm gestern nachmittags 4.30 Uhr seine Beratungen wieder auf. Die Zuhörer-Tribüne ist voll besetzt von Teilnehmern an der Protestversammlung im Bürgermuseum. Zunächst wird ein Antrag des Geschäftsordnungs Ausschusses angenommen, die kommunistischen Abgeordneten Schaedt und Stetter aus der Saal im Hinblick auf den Wahlkampf zu entlassen, obwohl Justizminister Beyerle erklärt hatte, daß durch die Haftentlassung die schwebende Untersuchung gefährdet werde.

Sodann wurde ein Antrag Bazille (Bürgerp.), keinen Antrag betr. die Aufhebung der Verordnung des Staatsministeriums bezüglich der Aufstellung von Oberamtsbezirken und die Aufhebung des Landgerichts Hall sofort zu behandeln gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt.

Hierauf wurde eine Reihe von kleinen Anfragen beantwortet, was sehr lange Zeit in Anspruch nimmt. Dann wird das Gesetz betr. Darlehen bezw. Staatsbürgerschaft zur Förderung der landw. Erzeugung in erster und zweiter Lesung angenommen.

Endlich tritt das Haus in die Beratung der Anträge Bazille (Bürgerp.) betr. Aufhebung der Regierungsverordnung über die Aufhebung des Landgerichts Hall und der Oberämter und eines ähnlichen Antrags des Abg. Keil (Soz.) ein. Präsident Walter warnt die Tribünen-Besucher, Rundgebungen zu machen; er werde die Tribüne sofort räumen lassen.

Abg. Bazille (Bürgerp.) bezichtigt es unerträglich, daß eine Minderheitsregierung derart gewalttätig in so lange bestehende und natürliche Verhältnisse eingreife, wie es die gegenwärtige Regierung mit ihrer Verordnung über die Aufhebung von 7 Oberämtern und des Landgerichts Hall getan habe. Das Ermächtigungs-

gesetz scheine auf die Regierung wie eine Eiszeit gewirkt zu haben; die denke nicht mehr daran, wie solche Eingriffe auf das Volk wirken müssen. Warum hebt man denn nicht das Landgericht Ellwangen auf und gerade das Landgericht Hall? Das Volk muß zu der Meinung kommen, daß religiöse Gründe maßgebend gewesen seien. (Unruhe.) Bei den Demokraten ist Hopfen und Malz verloren (Heiterkeit); aber das Zentrum schwankt zwischen der Stimme seines Gewissens und dem Geist, der vom Ministerstuhl ausgeht. Man muß dem Volk geben, was sein Recht ist, nämlich die Möglichkeit, bei den Wahlen über diese Frage zu entscheiden. Daher beantrage er, die Regierungsverordnung aufzuheben oder die Zusammenlegung der Oberämter usw. bis nach den Neuwahlen zu verschieben.

Abg. Keil (Soz.): Der von der Regierung beschriebene geht noch nicht weit genug; ursprünglich wollte die Regierung doch 20 Oberämter aufheben. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß die Regierung einen weitergehenden Gesetzentwurf vorlegen soll.

Abg. Bod u. Gen. (Zentr.) bringen den Antrag ein, die Rechtsgültigkeit der Verordnung bis 15. Juni auszufragen.

Minister des Innern Bofz: Eine Zweidrittelmehrheit der Kammer hat der Regierung die Ermächtigung erteilt. Wir glauben uns mit der ergangenen Verordnung bescheiden zu können; der künftige Landtag kann ja in der Staatsvereinfachung noch weiter gehen, aber um die Frage wird keine Regierung herumkommen. Bei der Aufhebung des Landgerichts Hall spielen konfessionelle Gesichtspunkte so wenig eine Rolle wie bei den Oberämtern. Auf solche schmutzige Vorwürfe gehe ich nicht weiter ein.

Justizminister Beyerle: Das Heranziehen konfessioneller Gesichtspunkte hat mich aufs höchste befreudet. Die Aufhebung des Landgerichts Hall war schon 1911 vorgeesehen. Hall hat den kleinsten Personalbestand, während Ellwangen einen der an Ausdehnung größten Bezirke versehen muß.

Finanzminister Schall: Ohne rücksichtslosen Abbau im Reich und in den Einzelstaaten wäre der finanzielle Zusammenbruch nicht zu vermeiden gewesen. In Württemberg wurden von 20 259 Beamten bisher 2167 oder etwa 11 Prozent abgebaut; beim Staatsministerium und Verwaltungsgericht 22 Prozent, bei der Justizverwaltung 10 Prozent, bei der Verwaltung des Innern 12 Prozent, bei der Verwaltung des Arbeits- und Ernährungsministeriums 19 Prozent, im Kirchen- und Schulwesen 11 Prozent, in der Verwaltung der Finanzen und der gewerblichen Betriebe 17 Prozent. Im neuen Haushalt werden die Gesamtausgaben auf 125 Millionen, die Einnahmen auf 88,5 Millionen Mt. veranschlagt. Aus dem Abbau werden schätzungsweise 3 bis 4 Millionen Ersparnisse erzielt. Nach Heranziehen aller Steuermittel verbleibt ein ungedeckter Betrag von 6 Millionen Mark. Deshalb müssen die Sparmaßnahmen fortgesetzt werden.

Abg. Bod (Zentr.): Wir sind der Meinung, daß dieser absterbende Landtag diese Frage sachlich nicht entscheiden, sondern die Entscheidung seinem Nachfolger überlassen soll. Daher unser Antrag, wonach die Oberamtsbezirke bis zum 15. Juni fortbestehen sollen.

Abg. Scheef (Dem.): Das Ermächtigungsgesetz hat der deutschen Wirtschaft die Rettung gebracht. Für die Lage der aufgehobenen Oberamtsstädte haben wir volles Verständnis. (Zuruf: Kanzleistroh!) Der Antrag des Zentrums ist nicht zweckmäßig; er wird Unsicherheit in die Führung der Verwaltung bringen und großen Schaden anrichten. Die Rechte hat 1921 die Notwendigkeit des Abbaus anerkannt. (Widerspruch. Rufe: Aber nicht in dieser Weise!) Wir verbitten uns, daß unsere Minister in derart höhnischer Weise behandelt werden, wie Bazille es heute getan hat. Die Aufhebung der Verordnung würde die ganze Reformtätigkeit lahmlegen. Dem württ. Volk ist nicht gedient, wenn seine Geschicke unter wahlpolitischen und parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werden.

Abg. Bickes (V.): Es hätte großzügiger von oben herab abgebaut und vor allem das Arbeits- und Ernährungsministerium aufgehoben werden müssen. Wir stimmen den Anträgen der Bürgerpartei zu, wollen aber der Regierung nicht das Mißtrauen aussprechen.

Abg. Andre (Str.) polemisiert gegen die Rechte. Im Abbau der sieben Oberämter kann man nicht das sehen, was 1921 als Ziel der Verwaltungsreform gefordert wurde.

Abg. Bazille (Bürgerp.) betont, daß man vor allem alle Revolutionsämter hätte abbauen sollen. Der dem Abgeordnete Barnhoff behauptet, Ministerialrat Dehlinger sei schuld an den Steuern, er ziehe jetzt als Strachritter umher und bekämpfe sie. Wer ist denn tonangebend, die Referenten oder die Minister? (Abg. Schermann: Das

Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfels

„Gut, daß du es nicht tatest. Nun aber höre mich: du hastest recht, denn du wolltest und konntest kein Geld von meinem Vater nehmen. Ich denke sogar, du schickst auch den Rest von Buenos Aires zurück. Nun habe ich Geld.“

„Du glaubst...“

„Still, laß mich ausreden. Ich glaube, als Kaufmann verstehe ich noch mehr als du. Verzeihe, aber ich meine es gut. Ich habe am Tage meiner Mündigkeit ein bestimmtes Vermögen, und dies ist nicht ganz klein, ansbezahlte erhalten. Es ist dies so Sitte in unserer Familie, und ich habe es vor meiner Abreise nach Buenos Aires überweisen lassen. Unterbrich nicht. Ich werde, sobald wir dort sind, deine Frau sein, sonst könnte ich ja nicht an deiner Seite leben, und dann gehört das Meine auch dir.“

„Magnus!“

„Du sollst hören! Ich komme nach Buenos Aires nicht ohne Absicht. Ich komme hinüber als die Erbin von Wörlands Reederei. Du sollst arbeiten. Gewiß, aber nicht, wie du gedacht hat, vielleicht gar als Arbeiter auf einer Farm. Ich habe Besseres. Schon lange plante mein Vater Verbindungen in Argentinien. Ich denke, der Weg, der uns als den zukünftigen Erben der Firma vorgezeichnet ist, soll sein, diese Pläne meines Vaters auszuführen.“

„Ich weiß, die Wahrheit muß an den Tag kommen. Sie wird es. Es ist auch nicht meine Absicht, nach Europa zurückzukehren, ehe dies geschehen. Solange wir aber in Argentinien sind, wollen wir dort unsere Kraft daransetzen, unserer Firma und damit auch unserem Vaterland zu nützen. Wir wollen das Land bereisen mit offenen Augen. Wir wollen Verbindungen anknüpfen. Wenn auch mein Vater meine Tat, die mir von der Pflicht und der Liebe diktiert wurde, jetzt nicht billigt; er ist Kaufmann, der Weg zu seinem Verständnis geht am schnellsten durch den Erfolg.“

„Und wenn du von meinem Vermögen mitleidst, du sollst kein Nichtstuerdasein führen. Bis jetzt standest du in meines Vaters Diensten, ich aber bin seit langem, seit meine Brüder gefallen, in gewisser Weise Mitinhaberin. Nun

gut, denke, du bist mein Sekretär. Es wird Arbeit geben, und Arbeit ist für uns beide das Beste.“

„Und ohne auf seine Einwärfe zu hören, begann sie ihm alle die Pläne auseinanderzusetzen, die ihr Vater erwogen, von Verhandlungen zu sprechen.“

„Magnus, ich werde Spanisch lernen.“

„Gewiß! Gut, daß ich schon etwas davon beherrschte, weil ich mit dem Vater schon immer zu reisen vorhatte.“

„So lernen wir zusammen?“

„Und morgen früh wird begonnen. Wir wollen sechs, vier Wochen sind wir unterwegs, wir wollen sehen, was wir in dieser Zeit schaffen. Ich denke, es wird gehen, um uns zu verständigen.“

Als die Glocke zum Kaffee rief, saßen sie oben mit roten Köpfen. Magnas Pläne und ihre Tatkraft hatten auch Magnus ergriffen. Jetzt aber standen sie auf.

„Die Mutter wartet, und ich habe Kaffeedurst.“

„Sie wollte die Treppe hinunter, er hielt sie zurück.“

„Magnus, ich muß dir noch etwas sagen.“

„Nun?“

„Sie lächelte.“

„Ich weiß, was du für mich getan, ich fühle es in meinem Herzen, daß ich dir nie den Dank abtragen kann. Ich bitte dich, ich schwöre dir bei deiner Liebe, bei meiner Mutter, ich bin unschuldig an jener Tat, ich habe ein reines Gewissen.“

„Sie wurde weich und schmiegte sich an ihn.“

„Würde ich dich sonst lieb haben? Und nun versprich mir, kein Wort mehr davon, kein Wort, das ist das Einzige, was ich fordere. Schnell, küsse mich, wir sind allein, und dann komm.“

„Schnell presste er sie in seinen Arm und küßte den Mund, den sie ihm bot.“

„Innig erwiderte sie den Druck seiner Lippen, dann aber lachte sie schelmisch auf. Sie war rot geworden und sah reizend aus.“

„Nun aber wollen wir den Leuten zeigen, was wir für ein ernstes und vernünftiges Brautpaar sind. Komm zur Mutter.“

Sie stiegen hinab, die alte Dame kam ihnen schon entgegen. „Nun, Kinder, habt ihr euch ausgesprochen?“

„Wir haben sehr ernste Pläne gefaßt.“

Magna eilte in die Kabine, der alten Dame einen Umhang zu holen. Einen Augenblick stand Magnus allein neben der Mutter, fast alle Reisenden waren schon hinabgegangen.

„Mutter, wie soll ich dir danken?“

„Mein lieber Junge — mach Magna glücklich.“

„Meinetwegen machst du die weite Reise ins Ungewisse.“

„Ins Ungewisse? Nicht doch, mit Magna reißt niemand ins Ungewisse. Und zudem, weißt du nicht, wie ich mich immer lehnte, die Welt kennen zu lernen?“

„Sie lächelte und wollte leichtsinnig scheinen, und doch war sie so bewegt.“

„Mütterchen!“

„Mein guter Junge, es wird schon alles gut werden. Ich habe nicht einen Augenblick an dir gezweifelt. Nicht wahr, das möchtest du doch hören? Nicht einen Augenblick, sonst würde ich nicht dulden, daß Magna einen solchen Schritt tut. Und sie, sie ist ein Engel.“

„Das ist sie.“

Magna winkte. Sie stiegen hinunter. Nachher aber saßen sie sehr ernsthaft, aber auch sehr glücklich zusammen; Magna hatte einen großen Puck mit Büchern aus ihrer Kabine geholt, und sie sprachen über die Zukunft.

Das Wetter hielt sich herrlich. Selbst der gefährlichste Golf von Biscaya bescherte ihnen keine Stürme. Den ganzen Tag über saßen sie beisammen und lernten Spanisch. Sie überhörten einander, sie suchten einander zu überholen; sie achteten nicht darauf, daß die anderen Reisenden sie lächelnd beobachteten.

Mit dem Kajütgenossen hatte Magnus seit dem ersten Tag kein Wort wieder gewechselt. Er mußte, der Mann sprach kein Wort deutsch und er kein Wort spanisch. Nach wenigen Tagen aber versuchte er eine Anrede.

„Der Mann lächelte und nickte.“

„Senor lernen Spanisch?“

(Fortsetzung folgt).

weiß man manchmal nicht!) Bitte, hier sind zwei Zentrumsminister, die müssen es wissen. (Große Heiterkeit!) Die Ersparnis infolge der Aufhebung der sieben Oberämter ist zu gering. Können wir in die Regierung, so würden wir die Aufgaben der Zeit anders anfassen.

Abg. Müller (Komm.): Wir Kommunisten beteiligen uns nicht an diesen Wahlen. Wir stimmen für den Antrag der Bürgerpartei, weil wir alle diktatorischen Maßnahmen einer demokratischen Regierung ablehnen. Schließlich stehen wir auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie. Die Verordnung ist flikwerk. Das Zentrum will scheinbar mit der Bürgerpartei in die Regierung eintreten. Die Demokratie ist zu einer brutalen Diktatur geworden. Minister Holz ist's angst vor den kommenden Wahlen. Jedenfalls wird er an den abgebauten Oberämtern im Bogen herumfahren. (Große Heiterkeit!)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Der Antrag Bazille mit 43 gegen 42 Stimmen abgelehnt

Am Donnerstag vormittag wurde bei vollbesetzten Tribünen und in Anwesenheit sämtlicher Minister sowie der aus der Haft entlassenen kommunistischen Abgeordneten Schneck und Steiner die Beratung über den Antrag Bazille fortgesetzt.

Abg. Keil (Soz.): Die gestrige Verhandlung sei ein Vorspiel der Regierungsbildung nach den Wahlen. Das Zentrum gehe gegen seine eigenen Minister vor. Die Bezirksverwaltung sei schon vor Jahren als vereinfachungsreif erkannt worden. Der Wohlstand einer Stadt hänge nicht vom Charakter als Amtsstadt ab. Der Redner stellte den Antrag, daß das dem Siebenerauschuß vorgelegte Material der Defizitfähigkeit übergeben werde.

Abg. Bod (Str.): Seine Partei betreibe keine Ministerstürerei. Der von ihm gestellte Antrag sei auch kein Mißtrauensvotum für die Regierung.

Abg. Scheef (Dem.): Falls der Antrag des Zentrums angenommen werde, ergäben sich für die beiden Minister der Demokraten weitreichende politische Folgerungen. Ueber ihre Art sei seine Partei zu keinem vollständigen Ergebnis gekommen. Am Selegentag zur Beratung zu erhalten, sollte die Sitzung bis zum Abend unterbrochen werden. Hierauf wurde ein Antrag Andre und Keil angenommen, die Sitzung auf 1 Stunde (bis 12 Uhr) zu unterbrechen.

Staatspräsident Dr. Hieber: Wenn die Verordnung aufgehoben würde, so könne er auch die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Schulverwaltung nicht verantworten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurden der Antrag Bazille auf Aufhebung der Verordnung gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Deutschen Volkspartei, der Antrag Keil auf Vorlegung eines neuen, weitergehenden Gesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten, der Eventualantrag Bazille auf Aussetzung des Vollzugs der Verordnung gegen die Stimmen der Rechten, und der Antrag Bod (Str.) auf Aussetzung des Vollzugs bis zum 15. Juni mit 43 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Für den Zentrumsantrag stimmten das Zentrum und die Bürgerpartei. Der Stimme enthielten sich die Abg. Bickes und Hartmann von der Deutschen Volkspartei. Der Innenminister Holz stimmte überhaupt nicht ab. (Zuruf von rechts: Wo bleibt Holz?) Der Antrag Keil auf Vorlegung des im Siebenerauschuß zur Kenntnis gebrachten Materials wurde einstimmig angenommen.

Die Verordnung auf Aufhebung der sieben Oberämter und des Landgerichts Hall bleibt somit bestehen.

Ein Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung von Kommunisten wegen Preschreihen wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag vorm. 9 Uhr anberaumt.

Abg. Bazille (SP.) schlägt vor, den heute abgelehnten Zentrumsantrag, der in die Form eines Gesetzesentwurfs gekleidet war, morgen in zweiter Lesung zu beraten.

Präsident Walter widersprach dem, da der Entwurf abgelehnt sei. Abg. Bod (Str.) erklärte jedoch, die Auffassung des Präsidenten sei nicht richtig. Der Entwurf müsse einer dreimaligen Beratung unterzogen werden. Nach der heutigen ersten Lesung dürfe eine Abstimmung überhaupt nicht stattfinden. Erst wenn in der zweiten Beratung Ablehnung erfolgt, ist über den Entwurf entschieden. Abg. Scheef (Dem.) vertrat die Auffassung, daß die Abstimmung gültig sei. Das Haus habe dadurch, daß es in namentliche Abstimmung eintrat, von sich aus die Geschäftsordnung abgeändert.

Abg. Bod (Str.) erwiderte, keinem Mitglied des Hauses sei zum Bewußtsein gekommen, daß mit der Abstimmung die Nichterhaltung der Geschäftsordnung gebilligt werden sollte.

Abg. Keil (Soz.) stellte sich auf denselben Standpunkt. Es bleibe nichts anderes übrig, als die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen und dadurch den heutigen Beschluß aufzuheben. Auf Antrag des Abg. Bazille (SP.) wurde sodann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs (Antrag Bod) als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom nächsten Samstag gesetzt.

Württemberg

Stuttgart, 3. April. Die Gutsböden der Stadt. Das Stadt. Nachrichtenamt teilt, entgegen umlaufenden Gerüchten, mit, daß keines der städtischen Hofgüter verkäuflich sei.

Leonberg, 3. April. Straßenbahnverbindung. Wie die „Gems- und Wärmgazeitung“ hört, soll die Straßenbahnverbindung Feuerbach-Weilmendorf-Berlingen bald zur Ausführung kommen, wenn die drei genannten Gemeinden 1 Million Goldmark zum Bau der Strecke aufbringen. Die Straßenbahn-A.G. Stuttgart steuert etwa 250 000 M. bei.

Heilbronn, 3. April. Der Wert der Kriegsanleihe. Kommt da dieser Tage ein Bub auf die Oberamts Sparkasse mit einem Hinterlegungsschein für Kriegsanleihe seines Vaters, da er zurückfordert. Der Direktor gab ihm zur Antwort, da müsse er den Empfang unterschreiben lassen. Das habe aber doch gar keinen Wert, sein Vater könne die Stücke ja doch nicht verkaufen, worauf der Bube erwiderte: Mein Vater braucht sie aber, um mir einen Drahen draus zu machen.

Kirchheim u. L., 3. April. Wasserprobe. Am Südrand des Dorfes Böhringen auf der nahen Hochal-

verfinken plötzlich die zum Teil sehr überfließenden und mit Sauche vermischten Abwässer des Dorfs in bisher unbekannte Tiefen des künftigen Weiskura-Untergrunds. Von den Geologen war längst vermutet worden, daß das Einzugsgebiet der Lauterquelle bei Schlattfall irgendwie mit diesem verschürften Abwasser in Verbindung stehe. Am 1. April wurde nun mittels Grünfärbung der Abwässer durch den chemischen Stoff Urania in Böhringen eine Probe angestellt und genau zur berechneten Zeit einströmte das sonst kristallklare Wasser der Lauterquelle in leuchtender grüner Farbe.

Wasserfletten M. Münstingen, 3. April. Der Tod treuer Freunde. Auf eine Anzeige hin sollten die beiden Wolfshunde der Firma Gebr. Maier erschossen werden. Einen Hund tötete der Besitzer selbst, den anderen der Jagdjäger. Der angeleitete Hund stand nach dem siebten Schuß noch am Plage und mußte schließlich mit einem Stück Holz erschlagen werden. Daß solche Fälle die Schutzmaßnahmen gegen die Tollwut nicht befähigen machen, liegt auf der Hand.

Bebenhausen, 3. April. Der Backofen als Nachtlager. Ein ungewöhnliches, aber doch warmes und billiges Nachtlager suchte sich ein zugereister Handwerksbursche. Er kroch in den Gemeindebackofen und ruhte sanft, bis am andern Morgen eine Frauensperson kam, um den Ofen zum Baden fertig zu machen.

Mühlh. a. N., 3. April. Das Schicksal der Synagoge. Die Synagoge, die in der Nähe der katholischen Kirche steht, wurde von Bahnarbeiter Christian Müller von hier um 1500 Mk. gekauft. Müller läßt die Synagoge in ein Wohnhaus umbauen. — Die israelitische Gemeinde, die in den letzten Jahren sehr zurückgegangen ist, besteht nur noch aus 3-4 Familien. Alle sind in die Großstädte abgewandert.

Oberopfingen M. Deutlich, 3. April. Hühnerpest. Seit einigen Wochen grassiert in unserem Ort die Hühnerpest. In vielen Haushaltungen sind in ein paar Tagen die ganzen Hühnerbestände eingegangen, oft 50-80 Stück. Die Seuche wurde aus einer benachbarten bayrischen Gemeinde eingeschleppt. Der Schaden ist jetzt, beim Beginn der Haupterntezeit, besonders empfindlich.



Baden

Karlsruhe, 3. April. Zu der Meldung über die Ernennung des neuen Reichsbahnpräsidenten wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der badischen Regierung, in deren Einvernehmen die Ernennung erfolgen muß, davon noch nichts bekannt ist.

Pforzheim, 3. April. Auf der Bahnstrecke Cutingen-Niefen, in der Nähe des Bahnhofs Niefen, ließ sich ein 20 Jahre alter Goldarbeiter aus Döschelbronn vom Zug überfahren. Er war sofort tot.

Schweigen, 3. April. Vor einiger Zeit wurden hier und auch in Neckarau falsche Zwanzig-Billionenscheine in den Verkehr gebracht. Es handelte sich dabei um ganz plumpe Fälschungen. Die Geldschwindler hatten die kleineren Zwanzig-Millionenscheine mit roter Farbe überstrichen und an Stelle des „M“ bei Millionen ein „B“ hingemalt, so daß es also „Billionen“ hieß. Der Polizei und Gendarmerie gelang es nun jetzt, die Geldfälscher, drei junge Arbeiter aus Brühl, festzustellen und zu verhaften.

Offenburg, 3. April. Selbstmord. Vor den von Würzburg kommenden beschleunigten Personenzug, der abends 6 Uhr hier eintrifft, warf sich eine bis jetzt noch unbekannte Frau von etwa 30 Jahren, kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof, auf die Schienen, so daß ihr der Kopf abgefahren wurde.

Brombach, 3. April. Hier haben einige schulpflichtige Burschen in einer ganz raffinierten Weise verschiedene Geschäfte bestohlen. Sie meldeten sich zum Zeitungsaustragen und benützten diese Gelegenheit, um in den Geschäften nach Herzenslust zu stehlen.

Badenweiler, 3. April. Der Bürgerauschuß erklärte sich mit dem Beitritt der Gemeinde zur Kurverwaltung Badenweiler G. m. b. H. einverstanden und genehmigte die neue Kurkarte. Danach beträgt die Tagesrate 1 Mk., eine Dauerkarte 30 Mk.

St. Blasien, 3. April. Hier starb im Alter von 70 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls Kommerzienrat Alfred Kraft, früher Besitzer der hiesigen Spinnerei. Er hat im öffentlichen Leben Badens und auch weit über das badische Land hinaus eine Rolle gespielt.

Freiburg i. Br., 3. April. Zum Direktor der höheren Mädchenschule in Freiburg ist der bisherige Direktor an der Oberrealschule in Baden-Baden, Josef Weber, ernannt worden.

Gengenbach, 3. April. Schon seit einiger Zeit fiel es auf, daß bei einem hiesigen Milchgeschäft, das in ständiger Verbindung mit Schweizer Milchhändlern stand, Schweizer Stumpen zu haben waren. Bei einer Untersuchung der Milchkanne wurde laut „Grenzler“ die Entdeckung gemacht, daß sich an Stelle der Milch 12 große Palette Stumpen und als Gewichtsausgleich die erforderliche Menge Sand in der Kanne befand.

Lörrach, 3. April. Der Bürgerauschuß genehmigte die Abgabe von sechs Ar Baugrund an die gemeinnützige Baugenossenschaft für Angestellte zum Preis von 8 Mk. für den Quadratmeter. Der Kaufpreis für das Grundstück soll aus 2. Hypothek auf fünf Jahre gestundet werden. Die Stadt erhält ein Vorkaufsrecht für das Anwesen. Eine 1. Hypothek wird von der Rheinischen Kreditbank in Mannheim in Höhe von 25 000 Goldmark gewährt, wofür die Stadt die Bürgschaft übernimmt.

Gutes aus Gutem. Das kann jedweder Verständige bilden; Aber der Genius ruft Gutes aus Schlechtem hervor. An Gebildetem nur darfst du, Nachahmer dich üben; Selbstgebildetes ist Stoff nur dem bildenden Geist.

Schiller.

Kotales.

Bildbad, den 4. April 1924.

Die Freigabe des von Amerika beschlagnahmten deutschen Guthabens scheint nun endlich in Fluß zu kommen. Der Amerika-Abteilung des Hanja-Bunds für Gewerbe, Handel, und Industrie, Berlin NW. 7, Dorosteenstr. 36, sind in den letzten Tagen mehrere Beträge zur Auszahlung an die Beteiligten vom amerikanischen Treuhänder in Washington zugegangen; sie hat auch die Mitteilung erhalten, daß nunmehr auf baldige weitere Freigaben zu rechnen ist. Befremdend wirkt es aber, daß von den gesamten beschlagnahmten etwa 22 000 Besitztteilen erst auf rund 4000 Anspruch geltend gemacht worden ist. Möglicherweise haben die Interessenten geglaubt, daß ihnen das freigegebene Geld in Deutschland beschlagnahmt würde; das ist nicht der Fall, im übrigen steht es auch jedem frei, sein freigegebenes Guthaben bei einer amerikanischen Bank in Verwahrung zu geben. Zur kostenlosen Auskunft ist die Amerika-Abteilung des Hanja-Bundes stets gern bereit. Den Anfragen ist ein Freiumschlag für die Rückantwort beizufügen.

Das Reisegeld ins Ausland. Nach einer Mitteilung aus Berlin wird der Geldbetrag, der im kleinen Grenzverkehr bei der Einreise in die Schweiz mitgenommen werden darf, demnächst auf 16 Mark für den Tag und 500 Mark im Höchstbetrag festgesetzt. Das entspricht ungefähr dem Betrag des großen Grenzverkehrs.

Allerlei

Das Moltke-Denkmal in Halle, das im vorigen Jahr von Kommunisten durch Sprengungen zerstört worden war, soll am 11. Mai wieder geweiht werden, nachdem die Mittel zur Wiederherstellung durch eine Sammlung der vaterländischen Verbände beschafft worden waren.

Goethe und Schiller. Ein Herr Dr. Gregor aus Rostau behauptete nach Zeitungsberichten unlängst in einem Vortrag, Schiller sei von Goethe vergiftet worden, weil Goethe das von Schiller genial begonnene Drama „Demetrius“ selbst habe vollenden wollen. — Alle Achtung vor der Rostauer Wissenschaft!

Die Doktorverleihungen. Die deutschen Universitäten — ohne Königsberg und Leipzig, von denen keine Angaben vorliegen — haben im Sommerhalbjahr 1923 nicht weniger als 4848 Mal den Dokortitel verliehen, ohne die „Ehrendoktoren“. Am wenigsten sind die 14 evang. theologischen Fakultäten (14 Licentiaten und 23 Ehrendoktoren) und die 7 kath. theologischen Fakultäten (ohne Münster, 9 Doktoren und 4 Ehrendoktoren) beteiligt. Dazu kommen 206 Doktor-Ingenieure der 11 Technischen Hochschulen, 140 Doktoren der Tierärztlichen Hochschulen, Berlin, Dresden und Hannover, 1 Doktor der Forstlichen Hochschule Hannoverisch-Bünden, 18 Doktoren der Landw. Hochschulen Berlin und Bonn-Poppelsdorf und 1 von Hohenheim, sowie 1 Doktor der Bergakademie in Freiberg i. S.

Wiedereröffnung des Tiergartens in Stellingen. Der im Jahr 1907 in Stellingen bei Hamburg von Karl Hagenbeck angelegte Tiergarten soll Ende Mai wieder eröffnet werden. Infolge der schlechten Zeiten mußte der berühmte Park 1920 geschlossen werden, nachdem während des Kriegs 74 Löwen, 19 Tiger, 40 Bären, 19 Eisbären, Hunderte von Affen, zahlreiche Robben, 14 Elefanten, 28 Kamele, 10 Zebras, 17 Kängurus und viele andere größere und kleinere Tiere wegen Mangels an geeigneter Nahrung eingezogen waren. Inzwischen hat nun der Tierhandel unter den beiden Söhnen Heinrich und Lorenz einen neuen Aufschwung genommen und so soll auch der Garten wieder eingerichtet und dem allgemeinen Besuch geöffnet werden. Der Tierbestand setzt sich vorläufig zusammen aus 26 Elefanten, 28 Löwen, 16 Leoparden, einer großen Anzahl Panther, Jaguare, Pumas, 20 Tigern, 17 Eisbären, verschiedenen anderen Bären, 75 Antilopen und Hirschen, 20 Rentieren, 22 Seelöwen, 16 Zebras, 250 Affen, Warzen- und Flussschweinen, Straußen, mehreren hundert Raub-, Wasser- und Laufvögeln, darunter 60 Pinguine und einer großen Anzahl von Schlangen.

Der getriebene Büffel. Vor 60 bis 70 Jahren war der prächtige amerikanische Büffel, auch Bison genannt, nahe daran, ausgerottet zu werden. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas erließen Gesetze zur Schonung des Tiers und es wurde ein Nationalpark geschaffen, in dem eine Büffelherde gehegt wurde. Der Büffel kann nun — bis auf weiteres — als getrieben angesehen werden; nach amtlichen Schätzungen soll es derzeit gegen 15 000 Büffel in Nordamerika geben, wovon 4500 auf die Vereinigten Staaten kommen und davon wieder 1600 Köpfe in 9 Herden auf staatlicher Besitz. Die Herden wachsen bereits so stark, daß jährlich eine größere Anzahl zum Abschlag freigegeben wird.

Der erste Fliegerstreik. Die Fluggesellschaft der Flugverkehrsgeellschaft in London, die das ganze private Flugverkehrswesen Englands an sich gebracht hat, sind am 1. April in den Zustand getreten, weil sie mit den von der neuen Gesellschaft angebotenen Löhnen unzufrieden sind.

Geldfälscher. In Breslau wurden 20 Mitglieder einer Fälscherbande festgenommen, die schlechtes Rotgeld vertrieben. Die Werkstätte wurde in der Wohnung eines Maschinenbauers in Leipzig entdeckt.

Brennender Dampfer. Der englische Dampfer „Frangistan“, der 1200 mohammedanische Pilger nach Mekka an Bord hat, ist im Roten Meer brennend beobachtet worden. Ein Schiff ist von Alexandria zur Hilfe abgegangen.

Grüner Diamant. In London ist dieser Tage ein Diamant von einer bisher fast unbekanntem Spielart eingetroffen. Er ist von tiefgrüner Farbe, was an sich schon seinen hohen Wert bedingt. Obgleich der Stein nur einen Karat wiegt, hat sein Eigentümer bereits ein Kaufangebot von 5000 Pfund Sterling erhalten, das Angebot aber abgelehnt.

Kants „gepfefferte“ Antwort. Kant hat erst in den letzten Jahrzehnten seines Lebens einen eigenen Haushalt begründet. Bis dahin ah er regelmäßig in einem Wirtshaus. Die Gäste, mit denen ihn da der Zufall zusammenbrachte, waren nicht immer die angenehmsten. Kant aber war schlagfertig genug, um sich nichts gefallen zu lassen. Eines Tags wurde eine Schüssel mit Gemüse auf den Tisch gesetzt, und ein ihm gegenüberstehender Gast, den er nicht konnte, ergriff sofort das auf dem Tisch stehende Rapschen mit gestohlenen Pfeffer, und indem er sagte: „Dieses Gemüse esse ich gar zu gern recht gepfeffert!“ schüttelte er das ganze Rapschen darüber aus. Kant war um eine noch „gepfeffertere“ Antwort nicht verlegen. Mit größter Ruhe jag er seine Schnupftabakdose

aus der Tasche und leerte sie über die Schüssel mit den Worten: „Und ich esse dies Gemüse gar zu gern mit Tabak!“

BERUFS-MÄNTEL
JEDER ART OFFERIERT:
H. WEINTRAUB
 KROMENSTR. 52
 KARLSRUHE.



Reichs- u. Landtagswahl.

Die Wählerliste zur Reichs- und Landtagswahl liegt in der Zeit vom

6. bis einschließlich 13. April 1924,
 je von vormittags 9-12 Uhr und nachmittags 2-6 Uhr

auf dem Rathaus (Meldeamt) zu Jedermanns Einsicht auf. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 13. April ds. Js. der Gemeindebehörde schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zur Abstimmung am Wahltag nur zugelassen wird, wer in die Wählerliste eingetragen ist oder einen Stimmschein hat, daß Stimmberechtigte nur in dem Abstimmungsbezirk abstimmen können, in dessen Stimmliste sie eingetragen sind, während Inhaber von Stimmscheinen in jedem beliebigen Abstimmungsbezirk abstimmen können und daß Stimmscheine beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auf Antrag der Stimmberechtigten von der Gemeindebehörde des Wohnorts ausgestellt werden.

Wildbad, den 3. April 1924.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Seit heute wieder

Telephon 151.

Adolf Krauß,
 Metzgermeister.

Deutscher Banarbeiter-Verein.

Samstag, den 5. April abends 8 Uhr

Versammlung

im Gasthaus zur „Silberburg“ für sämtliche Fachgruppen.
 Der Vorstand.

Wildbad.

Am Samstag, abends halb 8 Uhr findet im „Hotel Weil“ eine

Öffentliche Versammlung

statt.

Thema:

„Die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen.“

Referent: Herr Stadtrat Spengler
 aus Pforzheim.

Damen

mit gr. Bekanntheit, die sich in vornehm. Weise gute Verdienstmöglichkeit verschaff. woll. werd. gebet. ausführl. Angeb. u. Ang. von Refer., da evtl. Kommissionsl.

Fr. l. einzur. unt. H. G. 6461 an „Ma“ Haasenstein & Bogler, Hamburg 36.

Tel. 4004. **Otto Rayher** Tel. 4004.

Pforzheim, Weiherstraße 35
 empfiehlt

Stab- u. Formeisen, Bleche jeder Art
 Röhren- u. Fittings, S.M.-Stahl
 Blankmaterial Kleisenwaren.

Spezialität: Drahtstifte u. Drähte
 zu vorteilhaften Preisen.

Bestellungen werden von Herm. Aberle,
 König-Karlstraße 96 entgegengenommen.

Schuhhaus Bott Wildbad

Inh.: Eugen Seydelmann. Erstes u. ältestes Schuhgeschäft am Platze.

Der Ladenumbau ist beendet!

Wiedereröffnung am 4. April!

Alleinverkauf

der Marke „SPIESS“, feinste Rahmenware für Damen und Herren,

der Marke „TROCO“, allerbeste, schwere Rindlederartikel und durchgenähte Ware für Kinder und Erwachsene.

Besichtigung im Laden ohne Kaufzwang erwünscht.

Ich bitte um Beachtung meiner Schaufenster und neben den billigen Preisen vor allem die

Qualitätsware

zu berücksichtigen.

Eigene Reparaturwerkstätte!

Auch nicht bei mir gekaufte Schuhe werden billig und bestens repariert.



Mit einer Hand zu öffnen und zu schließen

Linden-Lichtspiele
 Samstag abends halb 9 Uhr
 Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 7:30 Uhr
 Das Riesen-Weltstadt-Programm:
Die Rose von Damaskus
 Orientalischer Prunkfilm in 6 Aufzügen.
Apache Karlichen
 Lustspiel in 2 Akten.
 Mit Karlichen in der Hauptrolle.

Viehverkauf.

Von Montag morgens 7 Uhr ab steht im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen wieder ein großer, frischer Transport

erstklassiger junger
Milchkühe,

trächtiger Kühe,
 Kälberkühe,

sowie ausnahmsweise schöne
 hochträchtige Kalbinnen,
 (darunter auch Graubündner)
 zum Verkauf und laden Kauf- und Zauschliebhaber
 freundlichst ein.

Rudolf u. Berthold Löwengard.

Das Vieh kann Sonntag schon in den Stallungen be-
 sichtigt werden.

Fußballverein Wildbad.

Bereinigter Fußball-
 und Sportverein.

Heute Freitag
 abends 8 Uhr

Ausschuß-Sigung

im Gasth. zum „Ratsteller“.

Der Vorstand.

Spielleitung bitte ebenfalls
 zu erscheinen.

Eüchtiges, älteres

Mädchen

für Küche, per sofort bei
 höchstem Lohn und guter Be-
 handlung gesucht.

Weinstube Fortuna,
 Pforzheim.



Evang. Kirchenchor
 Heute abend 8 Uhr
 keine
 Singstunde

Wir empfehlen
 täglich frisch
 eintreffend:

Allgäuer
 Tafelbutter

Delikatetkäse

Limburger Käse

Romadour

Feine Würstwaren

Delik.-Leberwurst

Bierwurst

Mettwurst

Frische Bücklinge

Bratheringe

Marinierte Seringe

Rollmöpfe

Bismarckheringe

Salzheringe

sämtliche

Gemüsekonserven

und sämtliche

Früchtekonserven

Karoline Bender

und Söhne.

Pfannkuch & Co

Zur
 Konfirmation:

Feinst
 gebrannter

Kaffee

Pfd. 2.80 Mt.
 von an

Garantiert
 reiner

Kakao

Pfd. 1.20 Mt.
 von an

Feinste

Chines. u. indische

Tees

Pfd. 4.- Mt.
 von an

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
 in den besten
 Verkaufsstellen.

Allgäuer Tafelbutter,
 per Pfund 2.10 Mt.,
 garantiert frische

Land-Eier,

sowie

sämtliche Lebensmittel,
 zu billigstem Tagespreis,
 empfiehlt

Linders Delikatessengeschäft.



BERUFS- KLEIDUNG

JEDER ART
 OFFERIERT:

H. WEINTRAUB
 KROMENSTR. 52

KARLSRUHE.

